

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Arbeit, Integration, Berufliche Bildung und Frauen

34. Sitzung
28. November 2013

Beginn: 10.05 Uhr
Schluss: 12.53 Uhr
Vorsitz: Anja Kofbinger (GRÜNE)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Antrag der Piratenfraktion
Drucksache 17/1161

**Berlin braucht endlich eine Gewaltschutzambulanz
und rechtsmedizinische Untersuchungsstelle zur
Versorgung von kindlichen und erwachsenen
Gewaltopfern – Voraussetzungen für eine anonyme
Spurensicherung nach Sexualstraftaten schaffen**

[0137](#)

ArbIntFrau
GesSoz*
Recht(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Unterstützung von Existenzgründerinnen
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0043](#)
ArbIntFrau

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aufenthaltsrechtliche Probleme beim Bleiberecht für
Opfer von Menschenhandel**
(auf Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der
CDU)

[0118](#)
ArbIntFrau

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Berliner Erfahrungen mit dem Prostitutionsgesetz
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0092](#)
ArbIntFrau

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ich begrüße ganz herzlich die Anzuhörenden: Frau Müller von Hydra, Frau Klee von der highLights-Agentur für Begleitung, Service, Vermittlung und Bildung und ganz besonders herzlich, denn sie hatte den weitesten Weg, sie kommt aus Düsseldorf, Frau Claudia Zimmermann-Schwartz. Das ist die Abteilungsleiterin „Emanzipation“ im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des Runden Tisches Prostitution – ein schöner langer Titel. Alle drei, herzlich willkommen! Damit können wir beginnen. Ihnen wurde von unserem Ausschussbüro schriftlich mitgeteilt, dass wir gern hätten, dass Sie zu Anfang ungefähr fünf Minuten reden, nicht länger, also einen kurzen Input geben, denn wir möchten ja noch mit Ihnen diskutieren, und die Anhörung ist auf ungefähr eine Stunde terminiert. Das sollte reichen, aber deshalb bitte ich Sie, sich ungefähr an diesen Zeitrahmen zu halten. Die Begründung des Besprechungsbedarfs erfolgt durch die antragstellende Fraktion der Linken. Wird ein Wortprotokoll gewünscht? – Das ist der Fall. – Für die Fraktion Die Linke Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Ich werde es ganz kurz machen, weil ich möchte, dass wir die Anzuhörenden hier zu Wort kommen lassen. Ich möchte vorweg daran erinnern: Die Anhörung zu diesem Thema haben wir am 28. Januar 2013 beantragt, auf den Tag genau vor zehn Monaten.

Zum Prostitutionsgesetz gibt es viele und gegensätzliche Meinungen. Das haben wir auch hinlänglich gelesen und gehört. Inzwischen liegen auch verschiedene Studien vor, auch der Bericht der Bundesregierung. Ich habe hier eine Version von 2012. Das ist nicht der Evaluationsbericht, sondern dessen Auswertung, die ganz aktuell ist. Darin heißt es u. a., dass die Bundesregierung zu dem Ergebnis kommt, dass hinsichtlich des Prostitutionsgesetzes die rechtlichen Instrumentarien effizienter genutzt werden müssen. Auch müssten die jeweiligen Landesrechte angepasst werden, das heißt, das Gewerberecht, das Baurecht, das Polizeirecht usw. Ich denke, die Anhörung heute ist wichtig und aktueller denn je, insbesondere weil jeder denkt, er müsse sich nach Alice Schwarzers Anti-Prostitutionsaufruf nun zu diesem Thema äußern, sogar der Berliner Innensenator. Den haben wir zurechtgewiesen, sodass er seine Idee von Sperrzeiten nicht mehr umsetzen kann – was ich sehr gut finde. Dabei haben die Wenigsten sich wirklich sachkundig gemacht, und überhaupt niemand hört auf die, die es eigentlich betrifft, und das sind die Sexworkerinnen oder Sexarbeiterinnen. Deswegen haben wir diese Anhörung beantragt und die entsprechenden Interessenvertreterinnen und auch Sexworkerinnen eingeladen. – Zunächst so viel. In der zweiten Runde möchte ich meine Fragen stellen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: So war das auch vorgesehen, Frau Sommer! Vielen herzlichen Dank! – Dann kommen wir zur Anhörung. Ich würde gern in der Reihenfolge, wie ich Sie vorgestellt habe, beginnen, wenn Ihnen das recht ist. Wir hatten leider vorher nicht die Möglichkeit, das abzusprechen. Danke auch für die schriftlichen Stellungnahmen! Die liegen Ihnen jetzt vor bzw. wurden heute Morgen oder gestern Abend gemailt. – Frau Müller, würden Sie gern beginnen? – Bitte!

Alexa Müller (Hydra e. V. – Treffpunkt und Beratung für Prostituierte): Guten Morgen! Mein Name ist Alexa Müller. Ich bin seit einigen Jahren im Verein von Hydra aktiv. Ich bin Sexarbeiterin und war auch im Oktober in Köln, als wir den neuen Berufsverband für erotische und sexuelle Dienstleistungen gegründet haben.

Was hat das Prostitutionsgesetz in Berlin gebracht? – Ich kann natürlich nur ausschnittsweise berichten, es ist sehr viel komplexer. Wichtig ist, dass wir zum ersten Mal, seit das Prostitutionsgesetz in Kraft getreten ist, Rechtssicherheit haben, dass wir handlungsfähig sind als Rechtssubjekte im Arbeitskontext. Das heißt konkret, dass wir z. B. unseren Lohn jetzt einklagen können. Ich war erstaunt, als ich das Prostitutionsgesetz zum ersten Mal gelesen haben, denn wir werden ja in der Regel im Voraus bezahlt, und es wird im Voraus festgelegt, welche konkreten Handlungen passieren und wie lange. Aber als ich bei Hydra aktiv wurde, habe ich mitgekriegt, dass tatsächlich gerade Leute, die auf dem Straßenstrich in der Kurfürstenstraße arbeiten, davon Gebrauch machen. Erst wird gezahlt, dann passiert die Aktion, und dann passiert es immer wieder, dass Klienten sich rabiats das Geld zurücknehmen. Seit dem Prostitutionsgesetz ist es möglich, anhand des Autokennzeichens rückzuschließen, wer das war, und den auch zu verklagen.

Vor dem Prostitutionsgesetz war es üblich, dass die Polizei Kolleginnen, gerade auch Drogen gebrauchende Kolleginnen auf dem Straßenstrich in der Kurfürstenstraße eingesammelt, in den Grunewald gefahren und dort ausgesetzt hat. Seit das Gesetz in Kraft ist, geht das nicht mehr. Das ist alles andere als ein Scheitern. Es wird ja im Moment viel berichtet und gesagt, das Prostitutionsgesetz sei gescheitert. Das Prostitutionsgesetz ist ein ganz kleiner Schritt in die richtige Richtung, nämlich die gleichen Rechte für Sexarbeiterinnen und -arbeiter, die alle anderen auch genießen.

Ein anderes Beispiel ist, dass wir uns kranken- und sozialversichern dürfen. Wie kann man das „scheitern“ nennen? Das ist absurd. Dann wird in den Medien berichtet, die Sexarbeiterinnen würden sich aber gar nicht sozialversichern, die würden das gar nicht nutzen. Fakt ist, es ist kein prostitutionsspezifisches Problem, dass Selbstständige in diesem Land oft nicht ausreichend sozialversichert und gerade auch rentenversichert sind. Das hat erst mal gar nichts mit Prostitution oder nicht zu tun. Dann ist es so, dass viele von uns bei Behörden oder auch Krankenkassen ungern erzählen, was wir machen. Die Stigmatisierung ist durch dieses Gesetz leider nicht gestoppt worden. Diese Stigmatisierung dauert an auf allen Ebenen. Gerade, was Bürokratie und Ämter angeht, ist das sehr deutlich, und dann erzählen viele von uns der Krankenkasse lieber: Ich mache Performancekunst. – Viele von uns kommen ja aus anderen Berufen. Ich habe im Webdesignbereich gearbeitet. Warum soll ich der Krankenkasse erzählen: Übrigens, es ist inzwischen so, dass mein Haupterwerb Sexarbeit ist? – Ich bin einfach weiter versichert. Deshalb tauchen wir in den Statistiken nicht auf. Es ist auch so, dass in der Sexarbeit nur ein Bruchteil feste Arbeitsverhältnisse hat. Wir wollen selbstständig arbeiten, und viele der Betreiberinnen und Betreiber wollen keinen festen Lohn garantieren, weil die Schwankungen, wie viel wir verdienen, ganz extrem sind und es überhaupt nicht planbar ist – wie auch in anderen Berufen –, wie viel man pro Woche oder Monate verdient. – Das sind ein paar praktische Beispiele.

Das Prostitutionsgesetz ist nicht gescheitert, es ist ein erster kleiner Schritt in die richtige Richtung. Ein Riesenproblem ist, dass es überhaupt nicht konsequent umgesetzt wurde. Dazu wird meine Kollegin gleich noch mehr Details ausführen. Was wir fordern und dringend brauchen, ist eine konsequente und bundesweite Umsetzung des Prostitutionsgesetzes. Das ist leider bis heute nicht passiert. Jetzt wurde in den Koalitionsverhandlungen beschlossen, es soll ein neues Gesetz geben. Ich bin extrem skeptisch. Dieses Prostitutionsgesetz, das ich für ein sehr wichtiges und gutes Gesetz halte, einen ersten guten Schritt, wurde immer noch nicht umgesetzt, und jetzt soll ein neues Gesetz kommen? Ich habe wenig Vertrauen, dass das konsequent umgesetzt wird. Es wurde schon gesagt: Es ist ein Skandal, Menschenhandel und Prostitution in ein Gesetz zu packen. Das sind zwei sehr verschiedene Themen. Prostitution ist per Definition eine einvernehmliche Geschäftshandlung zwischen zwei erwachsenen Menschen. Alles andere ist Zwang, Nötigung, Vergewaltigung und gehört bestraft. Das ist auch so, und das ist auch gut so. Das sind zwei verschiedene Paar Schuhe.

Forderungen von Hydra: Auf jeden Fall ist es dringend nötig, dass Sexarbeiterinnen und -arbeiter an politischen Entscheidungsfindungen beteiligt und vielleicht auch nicht nur angehört werden wie heute. Ein Runder Tisch ist eine große Forderung. Ich bekräftige das, was hier vorhin schon Thema war: Wenn wir denjenigen, die unter schlimmen Arbeitsbedingungen in Berlin arbeiten, wirklich helfen und nicht nur Lippenbekenntnisse von uns geben wollen, dann muss es einen funktionierenden Opferschutz geben. – Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Müller! – Als Nächste Frau Klee, bitte!

Stephanie Klee (highLights – Agentur für Begleitung, Service, Vermittlung und Bildung): Ich bin nicht das erste Mal in diesem Haus. Ich arbeite nicht nur schon unendlich lange als Prostituierte – ich habe das Gefühl, ich bin schon fast ein Dinosaurier der Branche –, sondern auch meine Erfahrungen mit der Politik reichen unendlich weit zurück. Ich bin auch eine derjenigen, die das Prostitutionsgesetz unterstützt und sich in den vielen Jahren davor mühsam dafür eingesetzt haben, dass überhaupt irgendetwas in unserer Branche passiert. Der Gesetz-

geber wollte mit dem Prostitutionsgesetz die rechtliche Stellung der Prostituierten und ihre Arbeitssituation verbessern. In diesem Prostitutionsgesetz haben wir aber nur drei Paragraphen, weil zu den damaligen politischen Verhältnissen ein größerer Kompromiss, so wie es damals auch lange diskutiert worden ist, nicht möglich war. Ein größerer Kompromiss war auch nicht möglich, weil er der Zustimmung des Bundesrats bedurft hätte. Damals gab es dort ebenfalls andere Verhältnisse. Wichtig ist, dass mit dem Prostitutionsgesetz doch ein guter Anfang gemacht wurde und insbesondere unter Berücksichtigung dieser drei Paragraphen und der Begründung ein Paradigmenwechsel eingeleitet worden ist, dem die Politik nicht gefolgt ist, aber sehr wohl unterschiedliche Gerichte in einzelnen Gerichtsverfahren gefolgt sind. Ich finde es interessant zu sehen, wie verschiedenen die unterschiedlichen Institutionen damit umgehen.

Neben einer politischen Unterstützung, die auf einer speziellen Haltung und einer breiten Öffentlichkeit basieren müsste, bedarf es nach wie vor einer Umsetzung auf Landes- und Kommunalebene und, wie gerade schon gesagt worden ist, unbedingt im Bereich des Gaststätten- und Gewerberechts, im Baunutzungsrecht und im Polizeirecht. Das Interessante ist, dass die Bundesregierung bei der Verabschiedung des Prostitutionsgesetzes im Jahr 2001 genau diese Punkte bereits in Angriff nehmen wollte, bei der Vorstellung des Evaluationsberichts im Januar 2007 ebenfalls, aber tatsächlich nichts passiert ist. Da ist sicherlich noch mal interessant, einen Blick darauf zu werfen, woran das gescheitert ist, um für die Zukunft auch Lösungen angehen zu können.

Nichtsdestotrotz ist aus den anschließenden Diskussionen zumindest die Bund-Länder-Empfehlung „Gewerberecht“ entstanden, der u. a. Berlin mit einem Rundschreiben gefolgt ist. Es hat dann unterschiedliche Anhörungen, auch Runde Tische oder Versuche von Runden Tischen sowohl auf der Landesebene als auch auf der Ebene des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf gegeben. In diesem Bezirk hat man sich doch sehr viel Mühe gemacht, sich mit vielen unterschiedlichen Experten und Sexarbeiterinnen und Bordellbetreiberinnen auseinandergesetzt und eine Lösung sowohl für das Gewerberecht als auch für das Baurecht gefunden. Man hat sogar von einem sogenannten „Bordell-TÜV“ gesprochen. Diesen eingeschlagenen Weg, auf allen unterschiedlichen Ebenen konkret zu werden, Beschlüsse zu fassen und die dann auch umzusetzen, halte ich für richtig und für eine konsequente Entwicklung des Prostitutionsgesetzes. Wenn wir Prostitution als Realität ansehen und als Bestandteil unserer Gesellschaft betrachten und wenn wir die Schwachen in der Prostitution schützen und stärken wollen, dann müssen wir an die Prostitution die gleichen Maßstäbe anlegen wie an andere Gewerbe auch. Dann müssen wir auch den Beteiligten in der Sexbranche die gleichen Rechte einräumen wie anderen auch. Wir müssen ihnen mit Respekt begegnen. Wir müssen nicht so tun, als gäbe es sie nicht, und über ihre Köpfe hinwegreden. Wir müssen sie unterstützen, die Politik und die Verwaltung müssen die Branche, die Sexarbeiterinnen und die Bordellbetreiber unterstützen, eigene Strukturen und Standards zu entwickeln und durchzusetzen, sich zu empowern, sich zu professionalisieren und eigene Verbände zu gründen und da auch aktiv zu sein.

Das, was ich im Moment erlebe, finde ich nicht mehr zeitgemäß. Es ist ein medialer Hype, es ist eine pauschale Kriminalisierung, Verteufelung und Stigmatisierung – ohne von den Lügen zu sprechen. Das hilft der ganzen Geschichte nicht. Ich denke, es ist einfach, die Bordellbetriebe in die Gewerbeordnung einzubinden. Man braucht eine differenzierte Einbindung, die Unterschiede macht zwischen kleinen und großen Bordellen, zwischen Bordellen, die es bereits gibt und neuen, und Bordellen, die auch Getränke ausschenken. Da müssen unterschied-

liche Voraussetzungen berücksichtigt werden, denn an eine kleine Wohnung, wo zwei bis vier Frauen arbeiten, können nicht die gleichen Maßstäbe angelegt werden wie an ein großes Haus, z. B. das hier an der Messe.

Übrigens haben wir hier in Berlin für alle großen Prostitutionsstätten bereits Konzessionen. Es wäre also gar nicht so ein großer Schritt, der anstehen würde. Alle, die Getränke verkaufen, alle großen Häuser sind sowohl mit Konzessionen als auch mit Baunutzungsgenehmigungen bestückt. Es geht also in erster Linie um die vielfältigen kleinen Wohnungsbordelle. Wenn sich ein Wohnungsbordell im Gewerberecht anmeldet, bedarf es natürlich auch einer entsprechenden Konzession, einer Genehmigung, sprich einer Rechtssicherheit, denn was hat es für einen Sinn, sich anzumelden, ohne dann letztendlich auch mit dieser Rechtssicherheit arbeiten zu können? Das halte ich für unabdingbar, denn es gibt den Betreiberinnen und besonders den Frauen die Sicherheit, dass sie in ihrem Arbeitsumfeld einiges tun und verändern können.

Ich halte es für noch leichter, Regelungen im Baunutzungsrecht vorzunehmen, weil das Baurecht völlig unmoralisch und die Prostitution hier überhaupt nicht erwähnt ist. Das heißt, hier können Typisierungen für die unterschiedlichen Segmente entwickelt und kann eine Einbeziehung in unterschiedlichen Standorte wie Wohngebiet, Mischgebiet oder Industriegebiet vorgenommen werden in. Es können z. B. Regelungen nach dem Dortmunder Modell getroffen werden. Das Dortmunder Modell hat mit Unterstützung von unterschiedlichsten Beteiligten – Polizei, Feuerwehr, Gesundheitsamt, Frauenbeauftragte, Beratungsstellen – Regelungen getroffen, die sehr differenziert sind und zu Ruhe und Lösungen in Dortmund geführt haben.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Klee! Darf ich auch Sie bitten, zum Schluss zu kommen?

Stephanie Klee (highLights-Agentur für Begleitung, Service, Vermittlung und Bildung): Zwei Sätze noch! Für all dies sind ausschließlich ein politischer Wille und ein konsequentes Verwaltungshandeln erforderlich. Ich habe, ehrlich gesagt, keine Lust, hier noch mal zu erscheinen. Ich habe keine Lust, an irgendwelchen Runden Tischen teilzunehmen, wo mir die Verachtung entgegenbrettert, aber keine Ergebnisse für die Branche kommen. Dann seien Sie bitte so konsequent und sagen Sie, Sie wollen es nicht regeln! Aber dann werden Sie auch weiterhin damit leben müssen, dass die Branche mit Ihnen nichts zu tun haben will, dass die Branche sich gegenüber Polizei, Verwaltung und Behörden abschottet und ihr eigenes Ding macht. Wenn wir Frauen unterstützen wollen und wenn wir – um an das Thema zuvor anzuknüpfen – wirklich etwas für die Schwachen tun wollen, für die, die in der Prostitution nichts zu suchen haben, dann müssen wir konsequent mit Rechtssicherheit arbeiten, um die Spreu vom Weizen zu trennen. – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Klee! – Zum Schluss Frau Zimmermann-Schwartz, bitte!

Claudia Zimmermann-Schwartz (Abteilungsleiterin „Emanzipation“ im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des Rundes Tisches Prostituierte): Herzlichen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren! In der Tat ist es eine weite Reise gewesen von Düsseldorf hierher, aber diese Runde Tisch NRW ist inzwischen schon sehr mein Kind geworden, und es hat mir doch auch Freude gemacht, dass ich gebeten wurde, darüber zu sprechen.

Es gibt sehr viel, wo ich anknüpfen könnte an das, was meine beiden Vorrednerinnen gesagt haben, gerade an Ihr leidenschaftliches Plädoyer, Frau Klee! Sie sagten: Es soll jetzt, bitte, endlich mal gehandelt werden. Die Vorschläge liegen doch auf dem Tisch. Warum passiert nichts? Dieses Prostitutionsgesetz ist doch jetzt schon zehn Jahre in der Welt, und noch immer ist keine Umsetzung erfolgt. Wir sind sehr misstrauisch, wenn wir uns die Koalitionsvereinbarung anschauen, was daraus jetzt wohl wird. – Ja, ich kann das alles gut verstehen. Ich glaube aber, dass es die eine Sache ist, vernünftige und sinnvolle Regelungen vorzuschlagen, gerade auch in der differenzierten Form, wie Sie das gemacht haben, Frau Klee, wenn man da Gewerbeordnung und Baunutzungsrecht usw. durchdekliniert.

Auf der anderen Seite geht es aber auch um etwas ganz anderes. Hier wird eine Seite angesprochen, die diese Beharrungskräfte verursacht, und die sehr aktuell ist. Das zeigt uns auch die große gesellschaftliche Debatte, die jetzt Alice Schwarzer mit ihrem Aufruf initiiert hat. Sie war immer eine sehr engagierte Streiterin gegen Prostitution, aber mit ihrem Aufruf „Prostitution ist Sklaverei“ und vor allem mit der breiten Unterstützung, die sie bekommen hat, ist deutlich geworden: Das Problem, das Thema ist noch mal anders anzugehen. Wenn ich mir die Unterschriftenliste angucke, dann sind da durchaus Persönlichkeiten dabei, die ich überaus schätze als helle Köpfe, als politisch vernünftige Menschen. Dann frage ich mich natürlich: Warum unterschreiben die so was?

Als der Runde Tisch in Nordrhein-Westfalen als Hausaufgabe durch die Koalitionsvereinbarung 2010 vor mir auf dem Tisch lag, war ich nicht besonders begeistert. Ich konnte mir das sehr schwer vorstellen als langjährige Abteilungsleiterin „Frauen“, auch mit dem Fokus auf Menschenhandel. Ich kann mit einigem Stolz sagen, dass wir in Nordrhein-Westfalen ein sehr gutes Konzept haben mit acht spezialisierten Beratungsstellen und Honorarmitteln für Dolmetscher und Mittel für Unterbringung, ein Programm, das alle Regierungswechsel und auch alle Konsolidierungsrunden überstanden hat. Aber mit diesem Blick auf Menschenhandel war auch mein Blick auf Prostitution vorbestimmt. Diese Vorstellung, an einem Runden Tisch mit Bordellbetreibern zu sitzen, fand ich schwierig. Ich konnte mir auch sehr schwer vorstellen, was wir da eigentlich reden sollten. Dass ein Runder Tisch auf örtlicher Ebene etwas bespricht und dass man zu Absprachen kommt, wie man das vor Ort regeln will, das hat mir sofort eingeleuchtet, aber was ein Runder Tisch auf Landesebene machen soll, hat sich mir überhaupt nicht erschlossen. Der Auftrag, der hinterher auch im Kabinett beschlossen wurde, war dann relativ breit. Das Selbstbestimmungsrecht von Prostituierten sollte gestärkt werden, ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen sollten verbessert werden. Es sollten Optionen für den Ausstieg aufgezeigt werden. Es ging um Entstigmatisierung und um die Bekämpfung von Zwangsprostitution und Menschenhandel, also ein weites Feld.

Dann haben wir gedacht, na gut, wir haben ja jetzt das Prostitutionsgesetz, dann fangen wir damit mal an. Die erste Frage war: Wer kommt überhaupt an den Runden Tisch? Es war schon klar, dass wir gern mit den Betroffenen sprechen wollten und nicht nur über sie. Insofern war es schon gesetzt, dass Prostituierte mit an den Tisch kommen sollten, aber es war gar nicht so einfach, wen man da fragt. Es gab noch nicht den Bundesverband. Im Grunde war es dann etwas zufällig. Eine Prostituierte, die sich bei der Landesregierung gemeldet und gesagt hat: Ich möchte da unbedingt dran – war die eine, und die andere haben wir von den Sexworkern genommen. Dann war klar Ressorts sitzen dran, und uns wichtig, die kommunalen Spitzenverbände einzubinden. Wir haben die Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten gefragt, die auch äußert zurückhaltend war. Die Bundesarbeitsgemein-

schaft hat übrigens den Alice-Schwarzer-Aufruf unterschrieben. Wir haben das Ordnungsamt Dortmund am Tisch, das eben so lobend erwähnt worden ist. Dann sitzen Beratungsstellen dort, einmal für Opfer von Menschenhandel, und zum anderen sind auch zwei Beratungsstellen für Prostituierte, Madonna und Kober, dabei. Wir haben aber auch eine Beratungsstelle für männliche Prostituierte, etwas, worüber ja in der öffentlichen Diskussion nie geredet wird.

Dann haben wir gesagt: Dazu holen wir uns die externen Sachverständigen. Dann haben wir mit Frau Prof. Kavemann angefangen, die immerhin das Prostitutionsgesetz evaluiert hat. Frau Prof. Kavemann hat eigentlich die Weiche gestellt. Sie hat nämlich genau die Frage gestellt, die hier dauernd im Raum steht: Wieso wird dieses Gesetz nicht umgesetzt? Es war doch ein guter Aufschlag, es war in gewisser Weise ein Paradigmenwechsel, von der Sittenwidrigkeit wegzukommen und, was ja auch nicht so oft erwähnt wird, im Strafrecht von dem Schutz vor der Prostitution hin zum Schutz in der Prostitution zu kommen. Auch das war eine wichtige Weichenstellung. Wieso verläppert es sich? Wieso kommt es nicht in der Rechtswirklichkeit an? Warum kommen die flankierenden Gesetze nicht? Sie hat dann gesagt: Es fehlt an Wissen, und es fehlt an einer darauf gestützten ethischen Debatte. Ich kann nur sagen: Ethische Debatten haben wir ja immer wieder, und im Moment besonders, aber diese grenzenlose Ahnungslosigkeit, die die Basis dieser Debatten ist, ist wirklich erschreckend, und die hat sich auch nicht verändert.

Wenn wir fragen, woher wir das Bild von Prostitution haben, dann ist es natürlich ein von Medien kolportiertes Bild, also einmal die völlig arme, ausgebeutete Zwangsprostituierte, die wir auf dem Straßenstrich sehen und wo vollkommen klar ist, die kann nur in absoluten Abhängigkeiten leben und zum anderen vielleicht noch ein bisschen mit Glamour, Escort, die verdienen auch so viel, so ein bisschen dieses Pretty-Woman-Mäßige. Aber dazwischen haben wir überhaupt keine Vorstellung. Woher auch? Dass sich jetzt der Bundesverband gegründet hat, finde ich wunderbar, aber es ist auch typisch, dass mir Frauen gesagt haben: Wir haben bei unserer Gründung ein Foto von uns gemacht. – Ich habe das Foto. Das ist einfach toll. Da sind die Frauen, klein, groß, dick, dünn, alt, jung, in ihrer gesamten Vielfalt zu sehen. Aber das wurde nirgendwo abgedruckt. Ich lege das Foto gern anderen vor und sage: Sie wissen ja, dass ich Frauenpolitik mache. Was sind das für Frauen? – Dann kommt da: Mädchen in Männerberufe? – Nein, falsch! – Was mit Gleichstellung in Kommunen? – Falsch! – Das zeigt schon die inneren Bilder, die tiefverwurzelt sind. Deshalb haben wir gesagt: Okay, wir versuchen jetzt zu lernen. Deshalb ist der Runde Tisch eine lernende Institution geworden, und je mehr wir uns mit Prostitution beschäftigt haben, desto mehr haben wir gelernt, wie vielfältig das alles ist und dass es keine einfachen Lösungen gibt.

Ich will nur ein Beispiel nennen. Hier wurde gerade Dortmund genannt, das die Konzessionierung von Bordellen und bordellähnlichen Betrieben macht. Das ist wirklich wegweisend. Dasselbe Dortmund hat seinen Straßenstrich vollkommen geschlossen und das Sperrgebiet auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt. Das ist jetzt gerichtlich erst mal gestoppt worden aus Gründen des Verstoßes gegen die Verhältnismäßigkeit. Aber das zeigt auf der einen Seite eine offene, pragmatische Haltung und auf der anderen Seite: Das wollen wir nicht, wir wollen das hier nicht haben und im Stadtbild nicht sehen. – Es gibt auch einen enormen Druck von den Anwohnerinnen und Anwohnern. Wenn wir uns dann auch mal die Vielfalt anschauen – ich sagte es eben schon –: Wir reden immer von den Frauen, aber es gibt natürlich auch die männliche Prostitution, es gibt die Prostitution Transsexueller. Ich war im „Pascha“. Die ganze elfte Etage wird nur von diesen Transsexuellen belegt. Wenn ich ins Internet schaue: Wir haben eine Sitzung zum Internet gemacht und hatten hervorragenden Sachverstand durch Frau Prof. Döring. Da muss man sich mal klarmachen, wie enorm sich diese ganze Szene verändert hat. Prostitution ist auch viel niedrigschwelliger geworden. Einmal ist es sicherlich für Prostituierte einfacher geworden, weil sie selbstständiger arbeiten können. Sie können ihre eigene Website machen, sie können ihr Profil in ein Portal stellen. Aber es sind auch andere Probleme und Gefahren. Einmal ist ihr Bild da drin, und meistens noch nicht mal kaschiert. Das kriegt man nie mehr aus dem Netz raus, das findet man dann irgendwo ganz anders. Auf der anderen Seite ist es für Freier oder Kunden einfacher geworden mit dem Klick aus dem Wohnzimmer. Es ist sehr viel differenzierter geworden in der Nachfrage. Also: Wo man auch hinguckt, es ist so facettenreich. – [Vorsitzende Anja Kofbinger: Frau Zimmermann-Schwartz, darf ich auch Sie bitten, zum Schluss zu kommen?] – Gern! Das ist immer mein Problem. Ich fange an zu reden und höre nicht mehr auf, weil es mich auch begeistert. – Deshalb glaube ich, das Erste, was wir lernen müssen, ist der Blick auf die hochdifferenzierte Wirklichkeit. Das Zweite ist, sich klarzumachen, es wird nicht die Lösung geben. Wir werden uns mit einzelnen Regelungen einzelnen Segmenten annähern müssen. Das Dritte ist: Wir müssen ganz stark diese ethische Debatte führen, und die Gründung des Bundesverbands ist dabei vielleicht der wichtigste Schritt. – Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Zimmermann-Schwartz! – Wir kommen zur Aussprache- und Fragerunde. – Herr Kowalewski, bitte!

Simon Kowalewski (PIRATEN): Vielen Dank, vor allem auch an Sie für die interessanten Statements! Ein paar Fragen bleiben noch offen, dafür machen wir jetzt diese Fragerunde. Einerseits heißt ja der Tagesordnungspunkt, zu dem Sie eingeladen worden sind: „Berliner Erfahrungen mit dem Prostitutionsgesetz“. Wenn ich mir gerade hier in Berlin die rechtliche Lage anschau, entsteht der starke Eindruck, dass das Prostitutionsgesetz zwölf Jahre nach seinem Erlass in Berlin noch nicht wirklich angekommen ist. Wenn man mal ins ASOG schaut, ins Berliner Polizeigesetz sozusagen, dann sieht man, dass es immer noch die Möglichkeit für die Polizei gibt, jederzeit und völlig ohne Anlass Produktionsstätten zu durchsuchen und die Identität sämtlicher Personen, die sich in einer Prostitutionsstätte aufhalten, festzustellen. Das klingt noch nicht so, als würde das hier in Berlin in den entsprechenden Gesetzen als ein Gewerbe wie jedes andere angesehen werden. Dass die Polizei morgens um fünf in einer Bäckerei steht, um mal zu gucken, ob da irgendwelche Leute arbeiten, die da gar nicht arbeiten wollen, ist schwer vorstellbar. Aber bei der Prostitution scheint es niemanden zu stören, dass wir da immer noch so archaische Regelungen haben.

Sie kommen ja aus Düsseldorf, Frau Zimmermann-Schwartz! Da fällt einem sofort das Düsseldorfer Verfahren ein, diese Parkscheinautomaten, wo man 25 Euro einwirft. – Sie schütteln den Kopf. Zumindest ging das eine Zeitlang rum. Da kauft man dann für 25 Euro sozusagen die Steuer, die man für diesen Tag ansonsten hätte entrichten müssen. Ich stelle mir gerade vor, wie es wäre, wenn man sich z. B. als Präsident eines Fußballvereins für 100 Euro am Parkscheinautomaten einen Tag lang steuerlich völlig freikaufen könnte. Das würde bestimmten Menschen bestimmt sehr gefallen, ist aber natürlich völlig abstrus. Deswegen frage ich mich, warum das in der Prostitution eben nicht als abstrus angesehen wird. Das mag daran liegen, dass in der Gewerbeordnung die Prostitution als immer noch sozial unwerte Tätigkeit eben gerade nicht dazu verpflichtet, eine entsprechende Gewerbebeanmeldung abzugeben.

Das heißt, wir reden hier über ganz viele Dinge, die überhaupt nicht geregelt sind. In allen anderen Gewerben, oder wenn Sie z. B. als Bordell Getränke ausschenken, müssen Sie eine Konzession beantragen. Aber die Tatsache, dass Sie ein Bordell betreiben, scheint in der Gewerbeaufsicht momentan noch keinen zu interessieren, denn darum kümmert sich die Polizei mit solch drakonischen Maßnahmen, wie ich sie gerade erwähnt habe.

Ein ganz interessanter Punkt von Ihnen, Frau Zimmermann-Schwartz, war ja die Internetprostitution. Da tauchen jetzt immer wieder Frauen auf, vielleicht auch teilweise Männer – ich bin da nicht so drin –, die sexuelle Dienstleistungen anbieten, aber vom Selbstverständnis her wahrscheinlich nie auf die Idee kommen, sich als Prostituierte zu sehen. Das ist bestimmt wieder etwas, was diese ganze gewerberechtliche Seite wesentlich interessanter macht. Wie müsste man das, wenn man das Prostitutionsgesetz wirklich so auslegen würde, wie es gedacht ist, regeln?

Ein Punkt, der auch im Koalitionsvertrag, über den wir gerade schon gesprochen haben, plötzlich auf der Tagesordnung steht, ist die Freierbestrafung nach dem skandinavischen Modell. Es steht drin, dass Menschen, die wissentlich Opfer von Menschenhandel einkaufen oder sich ihrer Dienstleistung bedienen, ein Verbrechen begehen. Was für Auswirkungen hätte das, wenn es tatsächlich eingeführt würde? Kann man sich dann Situationen vorstellen, in denen man als Freier irgendwann vor einem Richter steht, der einem erklärt, dass man natürlich hätte davon ausgehen müssen, dass die Prostituierte, die vielleicht vom DaF-Test-Ergebnis her nicht ganz so gut abschneiden würde, nur ein Opfer von Menschenhandel sein kann? Oder

würde das Ihre Kolleginnen, die vielleicht gerade erst nach Deutschland gekommen sind – wie es dank der Arbeitnehmerfreizügigkeit jetzt möglich ist –, um hier als Prostituierte zu arbeiten, komplett aus dem Geschäft werfen, weil alle Menschen vielleicht davon ausgehen würden, dass sie im Zweifelsfall Zwangsprostituierte oder Menschenhandelsopfer sind, und da entsprechend eine Strafe drohen würde?

Zuletzt ist mir noch durch den Kopf gegangen, als Sie über die Wohnungsbordelle gesprochen haben: Wir haben ja jetzt in Berlin dieses Zweckentfremdungsverbot für Wohnimmobilien. Da gibt es zwar Ausnahmen für Ärzte und Rechtsanwälte, aber wie ist das mit den Wohnungsbordellen? Es ist letztlich ein Gewerbebetrieb in einer Wohnimmobilie. Gibt es da jetzt auch Ärger? Ist dann diese Methode Wohnungsbordell überhaupt noch möglich, oder gibt es dann bald nur noch die Bordelle in den Industrieparks? – Das wäre meine letzte Frage. Danke schön!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Kowalewski! – Frau Sommer, bitte!

Evrin Sommer (LINKE): Zunächst auch von meiner Fraktion und mir vielen Dank für die sehr fundierten Ausführungen der heute hier Anzuhörenden! Es wurden ja schon die wichtigen Punkte genannt, wie z. B. dass man sexuelle Versklavung und Prostitution nicht gleichsetzen sollte, weil das dazu führt, dass man dieses komplexe Thema nur unter der Opferperspektive betrachtet und nicht zu Lösungswegen kommt, wie man das Prostitutionsgesetz nach zwölf Jahren tatsächlich umsetzen könnte. Es ist auch klargeworden, dass wir über dieses Thema nicht so viel wissen, vor allem deswegen, weil wir in Berlin überhaupt keine Daten und Fakten haben. Insbesondere als ich vor ein paar Wochen die Antwort auf eine Kleine Anfrage gelesen habe, wie viele Prostituierte in Berlin arbeiten, wie viele Wohnungsbordelle es gibt usw., waren die Zahlen, die dort genannt wurden, sehr vage geschätzt. Ich glaube, das kann es nicht sein. Wir sind hier diejenigen, die Gesetze formulieren und auf den Weg bringen. Wenn wir eine solche Verantwortung haben, dann müssen wir diese Gesetze auch auf Grundlage von gesicherten und fundierten Daten auf den Weg bringen, und das fehlt mir hier in Berlin.

Was die Forderung nach einem Runden Tisch angeht: Das ist ja nichts Neues. Viele Bundesländer wie z. B. Hamburg, Marburg oder NRW haben Runde Tische eingerichtet, was ich auch richtig finde. Frau Zimmermann-Schwartz hat ja berichtet, wie es dort dazu gekommen ist. Sogar in der Koalitionsvereinbarung ist es festgeschrieben. Da sieht man, wie engagiert NRW ist. Noch mal vielen herzlichen Dank, dass Sie dieses Thema so angehen!

Wir waren zehn Jahre an der Regierung mit der SPD, und wir hatten damals auch die Bestrebung, einen Runden Tisch einzurichten, um das Prostitutionsgesetz umzusetzen. Bedauerlicherweise – viele, die hier sitzen, haben es miterlebt – ist das an der damaligen Stadtentwicklungssenatorin gescheitert. Sie war partout dagegen, und wir waren in der Koalition, wir hätten das nicht eigenständig machen können. Trotzdem gab es Fortschritte, die man auch nennen sollte in diesem Zusammenhang. Diese problematischen Entwicklungen und Hemmnisse, das umzusetzen, treffen auch auf Berlin zu, aber es gab auch Arbeitsgruppen, Abstimmungen mit den Bezirken, es wurden Mindeststandards erarbeitet, beim Frauentreff Olga wurden Stellen für Sprachvermittlerinnen und Sozialarbeiterinnen geschaffen. Olga, Quartiersmanagement, Gleichstellungsbeauftragte, Gesundheitsämter, Polizei und sogar die BSR ziehen alle an einem Strang. Das ist auch in Berlin gelaufen. Ich weiß, dass es nicht ausreicht, dass nicht

alles konfliktfrei läuft und dass der Innensenator jetzt sagt: Wir wollen jetzt Sperrzeiten, also quasi ein Prostitutionsverbot in bestimmten Zeiten. – Ich glaube, damit haben wir nichts erreicht, und das, was wir mühevoll erreicht haben, machen wir dadurch kaputt und zerstören die langjährige Arbeit der Akteurinnen und Akteure, die es nicht immer leicht haben, sich hier zu engagieren. Deshalb wäre es angebracht, die Diskussion anders zu führen und zu gucken, wie wir hier weitergehen können.

Wir als Linke haben die Forderung nach einem Runden Tisch – das ist für uns nichts Neues – aufgegriffen. Wir haben als Fraktion einen Antrag gestellt, mit dem wir den Senat auffordern, einen Runden Tisch einzurichten, um ein Handlungskonzept zu erarbeiten, das das Prostitutionsgesetz von 2002 weiterentwickelt, und notwendige landesrechtliche Anpassungen vorzunehmen. Dieser Antrag liegt bei uns in der Fraktion im Geschäftsgang. Ich hoffe, dass wir, wenn er an die anderen Fraktionen geht, einen interfraktionellen Antrag daraus machen können, wo wir sozusagen Nägel mit Köpfen machen. – Das zum Runden Tisch.

Ich habe vier Fragen, die ich gern an Frau Klee stellen würde. Erstens: Was würden Sexarbeiterinnen sagen, wenn man sie fragt, was sie wollen und was sie brauchen? Zweitens: Warum wurde das Prostitutionsgesetz nicht umgesetzt? Es gibt verschiedene Meinungen, warum es nicht umgesetzt wurde. Was, glauben Sie, sollte die Politik machen? Drittens: Wie stehen die Sexarbeiterinnen zu einer Meldepflicht oder ähnlichen Registrierungen? Last but not least, viertens: Warum gibt es kaum Arbeitsverträge in der Prostitution?

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Frau Bangert, bitte!

Sabine Bangert (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Frau Klee, man hat hier gewisse Déjà-vus. Wir führen hier ja ständig die gleichen Debatten und kommen nicht weiter. Deshalb verstehe ich auch Ihre Verärgerung. Ich habe den Eindruck, dass wir vor zehn Jahren schon mal weiter waren als heute. Erschwerend kommen immer Störfeuer dazu – Sie haben es beide genannt, Frau Zimmermann-Schwartz und Frau Klee indirekt –, wie der unsägliche Appell von „Emma“ und Frau Schwarzer. 8 000 Leute haben den unterzeichnet, da sind durchaus namhafte Personen dabei, denen ich einen gewissen Intellekt unterstelle. Aber wenn ich sehe, dass sie einen Appell unterzeichnen, wo Frau Schwarzer die irrige Meinung vertritt, die weibliche Altersarmut könne durch ein Verbot der Prostitution nahezu beseitigt werden, und dabei völlig außer Acht lässt, dass z. B. Ehegattensplitting oder Betreuungsgeld viel stärkere Faktoren bei der weiblichen Altersarmut sind, dann frage ich mich: Warum verfallen die permanent solchen populistischen Aufrufen? Es nützt der Sache auch nicht.

Nichtsdestotrotz habe ich eine ganz konkrete Frage: Frau Müller! Sie hatten noch mal die Rechtssicherheit angesprochen, was die Bezahlung angeht. Könnten Sie oder die anderen Anzuhörenden vielleicht noch mal dazu Stellung nehmen? Es kommt ja im Bereich der Prostitution wie in anderen Branchen auch ganz oft zu arbeitsrechtlichen Verstößen. Das Problem ist, dass sie für die Branche nicht definiert sind. Gibt es im Zuge der Gründung des Bundesverbandes auch Initiativen, gute Arbeitsbedingungen zu definieren, damit so etwas auch kontrollierbar ist? Die Polizei kontrolliert Papiere, sie kontrolliert keine Arbeitsbedingungen. Ich glaube, wenn wir so etwas festhalten und es kontrollierbar ist, dann kämen wir einen Schritt weiter damit, Sicherheit für die Frauen, die dort arbeiten, zu schaffen. – So viel von meiner Seite.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Frau Dr. Czyborra, bitte!

Dr. Ina Czyborra (SPD): Zunächst ganz herzlichen Dank an alle Anzuhörenden, besonders an Frau Klee! Ich kann Sie auf der einen Seite sehr gut verstehen, dass Sie manchmal die Faxen dicke haben und sagen: Es liegt doch auf dem Tisch. – Andererseits wissen Sie auch, wie gesellschaftliche Debatten hin- und herwogen und dass es immer mal wieder Rückschläge gibt. Ich bin manchmal auch entsetzt und denke: Mein Gott, als du vor 30 Jahren angefangen hast, Frauenpolitik zu machen, hast du darüber auch schon diskutiert, und da war man doch schon mal weiter. – So was passiert leider. Wir haben ja auch immer wieder neue Generationen von Politikern und Politikerinnen und fangen deswegen vielleicht auch öfter mal wieder von vorne an. Das tut mir leid, aber ich bitte Sie trotzdem intensiv, auch weiterhin an diesem Prozess teilzunehmen.

Ich habe nur ganz kurze Fragen. Zunächst: Wie ist es eigentlich mit gewerkschaftlicher Unterstützung? Finden Sie die, haben Sie Kontakte? Verdi hat ja schon vor längerer Zeit auch die Selbstständigen entdeckt, wurde an mich herangetragen. – Die zweite Frage bezieht sich auf den Runden Tisch. Ich sehe, wir haben schon eine ganze Menge erarbeitet, was dann liegengeblieben ist. Es gibt eine ganze Menge Vorschläge aus Charlottenburg-Wilmersdorf. Herr Schulte konnte leider heute nicht kommen, wir hätten gern auch noch die bezirkliche Sicht auf dieses Thema gehört. Ich habe jetzt verschiedene Einschätzungen gehört, ob wir diesen landesweiten Runden Tisch brauchen oder andere Instrumente, die wir schon haben, noch mal intensivieren sollten oder ob wir sagen: Die Vorschläge sind ja alle da, wir müssen die jetzt nur aufgreifen und umsetzen. – Da hätte ich gern noch mal eine Einschätzung. Sollen wir das in Berlin bei der Stadtentwicklungsverwaltung machen? Brauchen wir das? Oder ist eigentlich alles da? Das blieb für mich eben ein bisschen unklar. – Das war meine Hauptfrage. Danke!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Dr. Czyborra! – Frau Vogel, bitte!

Katrin Vogel (CDU): Auch von unserer Fraktion herzlichen Dank für Ihre Ausführungen! Mit den Frauen von „Hydra“ hatte ich in letzter Zeit öfter mal zu tun, weil ich persönlich der Auffassung bin: Wenn dieses Prostitutionsgesetz jetzt wieder zur Debatte steht, dann sollte man sich vor allen Dingen erst mal bei den Betroffenen informieren, wie die es sehen. Ich denke, es war sehr interessant heute und auch die Male davor, als wir uns gesehen haben. Mir persönlich hat Ihr Vorschlag gefallen, einen Tag der offenen Tür oder einen Tag des offenen Bordells zu machen, weil ich denke, dass viele Frauen, die nicht im Bordell arbeiten, sich nicht vorstellen können, was da so passiert. Dieser Gedanke hat mir gut gefallen, das würde ich sehr befürworten.

Ein Thema, das für mich völlig neu war, auf das mich die Frauen von „Hydra“ hingewiesen haben, war, dass Prostituierte überhaupt kein Gewerbe anmelden können. Das wusste ich bisher nicht. Ich denke, dass da schon ein Regelungsbedarf besteht. Ich gebe Ihnen völlig recht: Prostitution und Menschenhandel sollte man nicht in einen Topf werfen. Das hat nicht zwangsläufig etwas miteinander zu tun. Mich würde jetzt interessieren: Welche Möglichkeiten sehen Sie, Menschenhandel in dieser Branche einzudämmen? Oder welche Möglichkeiten sehen Sie, dass man dieser Sache besser Herr wird, als es derzeit der Fall ist?

In diesem Zusammenhang geht es auch um die Meldepflicht für Prostituierte. Wir hatten die Idee einer Chipkarte für Prostituierte entwickelt. Je mehr man über dieses Thema nachdenkt, desto spannender finde ich es. Ich wollte es mal in den Raum werfen. Wir hatten bei „Hydra“ schon mal darüber gesprochen. Es geht nicht darum, dass Prostituierte mit der Chipkarte namentlich erfasst werden, sondern per Foto ausgewiesen wird, dass man dieses Thema besetzt. Die Chipkarte kriegen nur Prostituierte, die über 21 sind oder wo man sicher sein kann, dass sie diesen Beruf auch ausüben. – [Zurufe] – Mir geht es darum, dass dadurch z. B. auch Freier eine gewisse Verantwortung haben. Wenn die Frau keine Chipkarte hat, dann heißt das, dass sie vielleicht noch gar nicht volljährig ist. Darüber muss man doch mal nachdenken. Heutzutage kommt der Freier und fragt: „Wie alt bist du?“ – „Ja, ich bin 18!“ – Und wenn die erst zwölf oder 13 ist? – Ich finde, man sollte mal darüber reden.

Die zweite Sache ist die Genehmigungspflicht für Bordelle. Wie sehen Sie das? – Das war's von meiner Seite.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank! – Herr Freiberg, bitte!

Michael Freiberg (CDU): Danke, Frau Vorsitzende! – Ich versuche auch, mich kurz zu fassen aufgrund der Zeit. – Frau Klee! Tun Sie mir einen Gefallen: Machen Sie weiter! Gesellschaftliche Prozesse – ich bin ja auch schon etwas lebensälter – brauchen manchmal Jahrzehnte. Insofern: Lassen Sie sich da nicht entmutigen! – Frau Müller! Machen Sie ebenfalls weiter! Sie sind ja noch etwas jünger. Das braucht alles seine Zeit. Ich war vor vielen Jahren Stadtrat in Neukölln. Da hatten wir das Thema Prostitution auch, und das ist ein nicht genanntes Thema gewesen. Die Rechtssituation war einfach so: Man hat keine Genehmigungen gegeben, man hat aber auch keine Versagungen vorgenommen, sondern es wurde einfach als Nichtthema betrachtet. Heute ist das Thema angekommen, es ist in der Gesellschaft, vielleicht nicht da, wo Sie es haben wollen und wo es auch hingehört. Für mich war an dieser ganzen Thematik über die Jahre hinweg immer entscheidend, dass wir Maßnahmen und Schritte einleiten müssen, um aus dieser Illegalität herauszukommen, dass wir es als gesellschaftliches Thema ankommen lassen müssen. – Frau Sommer! Es ist unwichtig, ob Sie etwas erreicht haben oder nicht erreicht haben in der Koalition. Das hilft den Leuten nicht. Die Frage ist: Wie können wir diesen Prozess verstetigen, wie können wir ihn auf den Weg bringen? Das braucht teilweise wirklich sehr lange Zeit.

Diese Diskussion brauchen wir. Es ist, glaube ich, Konsens, dass keiner von uns Menschenhandel toll findet. Das verurteilen wir, da wollen wir Hand anlegen. Wir wollen auch keine Unterdrückungen. Es ist – Frau Müller, wie Sie es umschrieben haben – letztendlich ein Vertrag, den zwei geschäftsfähige Menschen schließen und der bestimmte Konditionen hat – Punkt. Insofern finde ich auch die Diskussion mit Frau Schwarzer okay. Dass darüber gesprochen, ist nicht verkehrt. Deswegen würde ich niemandem den Mund verbieten wollen oder sagen: Das ist alles blöd. – Nein, ich finde es okay, dass wir das so machen.

Wenn man sagt, das ist letztendlich ein Teil in einem System, das jetzt erst mal in den Fokus gerät, und wenn man es umsetzen will, dann kann man nicht sagen, wie Herr Kowalewski es getan hat: Jetzt geben wir mal bestimmte Schutzrechte hinzu –, sondern dann ist es eine gewerbliche, freiberufliche Tätigkeit, die allen rechtsstaatlichen Mechanismen unterliegt. Dann habe ich z. B. auch beim Wohnungsbordell das Problem – wir haben gerade das Zweckentfremdungsverbotsgesetz auf den Weg gebracht –, außerhalb der Übergangsfrist: Melde ich an,

muss ich dieses beantragen. Bekomme ich keine Genehmigung dafür, dann ist diese Nutzung als Wohnungsbordell im Sinne einer gewerblichen Tätigkeit nicht zulässig an dem Ort. Das heißt, es gibt dann bestimmte Regeln. Die sind einzuhalten, und da gibt es aus meiner Sicht keine Besonderheit, denn damit tut man niemandem einen Gefallen. Das heißt, genau die Diskussion müssen wir führen. Die werden wir auch in den gesamten Rechtsfällen, die freiberufliche, gewerbliche Tätigkeiten beinhalten, führen müssen. Da werden wir auch keine Besonderheit hervorheben, aber wir werden es bedenken müssen. Das ist, glaube ich, das Entscheidende in diesem Prozess, in dem wir uns gerade befinden.

Insofern finde ich es auch nicht negativ, dass in einer weiteren Koalitionsvereinbarung irgendwas nicht so drinsteht, wie Sie es sich wünschen, sondern es ist gut, dass es drinsteht, nun muss man es hinausinterpretieren. Insofern fehlen mir – da folge ich Frau Sommer – Daten. Das liegt aber daran, dass diese Daten nicht erfasst wurden. Insofern sind der Bundesverband und vielleicht auch Landesverbände, die man gründet, wichtig für Daten, damit man weiß: Über was reden wir hier? Wir können nur so klug sein, wie wir informiert werden. Das fehlt mir auch. Es gibt eine große Dunkelziffer. Wir haben das auch im Bereich der Menschen mit Migrationshintergrund in Berlin. Wir haben Zahlen, die wir teilweise nicht greifen können. Das ist auch ein großer Teil Ihrer Arbeit. Da bitte ich um die Zusage, dass Sie sich transparenter machen an dieser Stelle. Ansonsten ist das dann unser gemeinsamer Prozess, den wir gehen müssen, Sie auf der einen Seite in Organisationen, wir als Politik, wenn wir unsere Aufgabe gesellschaftlich auch ernst nehmen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Herr Freiberg! – Ich hatte mich auch noch auf die Redeliste setzen lassen, und dann kommen wir zur Antwortrunde. Ich gucke auf die Uhr und bitte Sie dann am Ende wieder, sich kurz zu fassen. Aber es sind viele Fragen gestellt worden.

Wir sind am Anfang der Diskussion – leider wieder einmal. Dazu möchte ich gern zwei Dinge sagen. Ich habe diesen Antrag 2007 eingebracht, und es war damals so, liebe Frau Sommer – Sie waren ja auch damals anwesend, da war es noch der Ausschuss für Wirtschaft und Frauen –, dass dieser Antrag zu unserer allergrößten Überraschung durchgegangen ist. Das hatte einen ganz bestimmten Grund, den können Sie auch gern im Protokoll nachlesen. Das war nämlich sehr witzig, denn die SPD-Fraktion hat sich so wie gerade in Teilen wieder mal miteinander unterhalten, und der damalige Ausschussvorsitzende Herr Steffel hat einfach die Abstimmung weiter durchgezogen, und dann kam es dazu, dass die SPD nicht aufgezeigt hat, ich glaube, die Linken haben sich enthalten, und die anderen waren dafür. Ich glaube sogar, dass die CDU dafür war. Wir hatten deshalb eine Mehrheit, mit der niemand gerechnet hat, und dann musste dieser Runde Tisch eingesetzt werden.

Das war allerdings auch ein Schwachpunkt – das war kein großer Sieg –, denn er hat nur zweimal getagt. Er wurde bei der damaligen Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer angebunden. Die haben sich getroffen. – Frau Klee! Ich glaube, Sie waren auch dabei. Ich war natürlich nicht dabei, ich gehöre da auch nicht rein. Politikerinnen sollten auch nicht mitmachen. Es gab sozusagen eine Vorstellungsrunde, man hat sich kennengelernt, dann wurde noch einmal getagt, und dann wurde er aufgelöst, weil die nicht wussten, was sie miteinander besprechen sollten.

Wir sind jetzt aber in einer ganz anderen Situation. Natürlich haben auch wir diesen Antrag „Runder Tisch“ im Geschäftsgang, und wir können jetzt auf viele Erkenntnisse zurückgreifen, nicht nur aus NRW. Es wurde schon gesagt, in anderen Städten gibt es mittlerweile auch die Runden Tische. Ich möchte meinen Redebeitrag noch mal dazu nutzen, um dafür zu werben, diesen ersten großen Schritt hier in Berlin auch gemeinsam zu gehen. Egal, welche Einstellung man zu Prostitution hat – Sie haben zu Recht gesagt, diese ethische Diskussion muss auch mal geführt werden –, diesen Runden Tisch kann man guten Gewissens hier einrichten.

Es wird nicht nur einen Antrag von uns und, wie ich erfreulicherweise gehört habe, von der Linken geben, sondern ich finde, wir könnten uns alle darauf verständigen, diesen Runden Tisch jetzt gemeinsam zu fordern und einzurichten. Sie können sich gern noch streiten, ob das beim Stadtentwicklungssenator oder bei der Frauensensorin oder bei Inneres oder Recht oder wo auch immer sein sollte, Gesundheit und Soziales ginge auch. Aber es geht darum, dass wir jetzt wirklich mal weiterkommen und das aufnehmen, was wir 2007 nicht geschafft haben. Da müssen wir uns alle mal an die Nase fassen und fragen: Warum haben wir das eigentlich nicht geschafft?

Ein zweiter Punkt, der mir sehr wichtig ist, dieses Problem ist seit sehr langer Zeit bekannt: Gerade auch der Kurfürstenstraßenstrich hat große Probleme, weil die Anwohnerinnen und Anwohner zu Recht ungehalten sind über das, was da passiert bzw. nicht passiert. Ich sehe, dass da die Bezirke – Tempelhof-Schöneberg vorneweg, aber Mitte gehört ja auch noch dazu – mit dem Problem alleingelassen werden. Das ist ein Problem, das ich zuvorderst lösen möchte mit diesem Runden Tisch. Diese Vertreterinnen und Vertreter werden da auch gefragt werden und da sitzen. Ich glaube, es wäre sehr gut, wenn man da endlich mal zu Potte kommen würde, denn beide Seiten – oder auch alle drei – müssen da aufeinander zugehen. Nur so geht das. Deshalb wäre dieser Runde Tisch meiner Meinung nach auch eine gute Möglichkeit, um ein Vermittlungsgremium zu schaffen, wo sich alle mal austauschen können. Es ist ein hochkomplexes Problem, das sehr differenzierte Lösungen braucht. Es geht nicht nur um den Straßenstrich, es geht nicht nur um Bordelle, und es geht nicht nur um Wohnungsprostitution, aber eben auch. Deshalb müssen wir in diesen etwas langwierigeren Prozess jetzt eintreten. – Das war noch mal die Werberede zum Schluss. Ich würde Sie dann bitten, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen. – Wer möchte beginnen? – Frau Klee, bitte!

Stephanie Klee (highLights – Agentur für Begleitung, Service, Vermittlung und Bildung): Wir werfen uns die Bälle zu, weil jetzt so viel unterschiedliche Themen, Aspekte und Fragen in den Raum gestellt worden sind. Ich denke, dafür brauchten wir mindestens fünf Stunden. Wenn ich den letzten Punkt aufgreife, den Runden Tisch: Ja, sowohl ich als auch der Bundesverband Sexuelle Dienstleistungen, der mit Ihnen schon seit Jahren im Gespräch ist, unterstützen die Einrichtung eines Runden Tisches unter der Voraussetzung, dass er an den richtigen Senat angegliedert ist, der auch etwas umsetzen kann, mit dem politischen Willen, dass

auch Ergebnisse dabei herauskommen, und mit Respekt für alle Beteiligten. Sonst bewegen wir uns in dem Feld, wo wir über Ethik und Moral und unterschiedliche Ansichten sprechen, und das hat uns bisher nicht vorangebracht. Ich finde, wenn wir über Rechte sprechen, dann müssen wir diese Rechten auch verankern. Da kann ich nicht immer gucken: Was ist moralisch, und was ist politisch, und was ist sonst irgendwie gerade angesagt? Warum kann man nicht für Bordellbetriebe wie für andere Betriebe im Gewerberecht und im Baurecht eine Lösung finden? Warum werden immer noch Ausnahmeregelungen bei der Polizei angesetzt, wo wir alle, Bordellbetreiber und in Zukunft auch noch die Kunden und die Frauen, wie Kriminelle behandelt werden? Das bringt uns keinen Schritt weiter. Sie haben es dankenswerterweise gesagt: Eine Bäckerei würde sich dagegen wehren, mit diesen martialischen Methoden kontrolliert und überfallen zu werden, ohne dass Ergebnisse dabei herauskommen, also Straftaten aufgedeckt, geschweige denn Menschenhandelsopfer gefunden werden.

Ich finde, es ist ganz wichtig, endlich mit einer Haltung voranzugehen. Die Politik muss auch wirklich hinter der Forderung nach Verbesserungen für die Branche stehen. Sie kann nicht mal eben einen kleinen Runden Tisch einführen und dann aber nicht wirklich Rede und Antwort stehen. Das kostet nicht nur Zeit, das kostet auch Geld. Man wird Flyer brauchen, man wird irgendwelche anderen Statements brauchen. Bitte machen Sie diesen Schritt, damit wir nicht noch weiter zurückfallen!

Auch unsere Branche muss sich bewegen, aber wir haben das auch schon getan. Die Bordellbetreiberin sitzt hinter uns. Es gibt Tage der offenen Tür. Wir haben immer gesagt: Egal, wann und wie Sie kommen wollen, kommen Sie! Wir hängen es nicht an die große Glocke. Sie können sich die Läden anschauen. Einige Politikerinnen haben das getan. Sie können mit den Frauen reden. Das ist alles kein Thema. Wir, die ordentlich behandelt werden wollen, sind transparent und gehen mit Ihnen gern in die Diskussion. Kommen Sie auf uns zu!

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Klee! – Frau Müller, bitte!

Alexa Müller (Hydra e. V. – Treffpunkt und Beratung für Prostituierte): Ich stimme da völlig zu. Wir beißen nicht. Tatsache ist, wir sind Expertinnen. Ich bin schockiert über Ihre Fragen, die hier im Raum stehen. Das Nichtwissen über das, was in unserer Branche los ist, ist riesengroß. Ich bitte Sie herzlich: Laden Sie uns nicht nur zum Runden Tisch, sondern zu allen Gremien, die sich mit Prostitution in Berlin beschäftigen, ein! Wenn ich den Vorschlag höre, Chipkarten für Sexarbeiterinnen einzuführen, werde ich emotional. Es gab eine Zeit im Mittelalter in Frankreich, wo Sexarbeiterinnen tätowiert wurden. Das geht in die gleiche Richtung. Was Sie vielleicht nicht verstehen, ist, dass die meisten von unseren Kolleginnen nicht mit uns hier sitzen könnten, auf gar keinen Fall. Die Stigmatisierung in dieser Gesellschaft, die sich auch in diesem Raum widerspiegelt, führt dazu, dass fast alle Kolleginnen und auch Kollegen ein Doppelleben führen. Kaum eine kann sich hier hinsetzen und mit Ihnen reden und sich für die Zeitung fotografieren lassen, weil sie fürchtet, richtig schlimme Dinge zu erfahren in ihrer Familie und bei ihren Freunden, weil sie fürchtet, sich nie wieder um einen anderen Job bewerben zu können. Das muss gesehen werden. Das ist Lebensrealität, und damit muss ganz praktisch politisch umgegangen werden.

Es ist ganz wichtig zu unterscheiden zwischen Bordellbetreibern und -betreiberinnen und dass das endlich geregelt werden muss, damit wir ordentlich arbeiten und Strukturen schaffen können – und zwar selber –, in denen Leute vernünftig arbeiten können und damit diese beschis-

senen Arbeitsverhältnisse, von denen wir ja alle mehr oder weniger wissen, immer weniger eine Option sind für Menschen, die einfach Geld verdienen wollen. Sehen Sie uns bitte an als die Expertinnen und Experten, die wir sind! Ich empfehle Ihnen alle, gerade auch den Frauen, einfach mal unsere kostbaren Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Ein schönes Schlusswort Ihres Statements! Vielen Dank! Die Einladung ist angekommen. – Zum Schluss der Antwortrunde Frau Zimmermann-Schwartz, bitte!

Claudia Zimmermann-Schwartz (Abteilungsleiterin „Emanzipation“ im Ministerium für Gesundheit, Emanzipation, Pflege und Alter in Nordrhein-Westfalen und Vorsitzende des Rundes Tisches Prostituierte): Herzlichen Dank! – Das schließt sich sehr gut an. Auch Frau Klee würde ich gern zitieren, Sie hat zum Schluss gesagt: Es geht um die Haltung. Das ist sicherlich etwas, was den Runden Tisch in Nordrhein-Westfalen auszeichnet in einem Prozess, der jetzt seit drei Jahren läuft, bei dem über 70 externe Sachverständige gehört worden sind und jede Sitzung drei bis vier Stunden gedauert hat. Da hat man natürlich die Chance, langsam im sozialen Lernen eine andere Haltung zu entwickeln, auch weil innere Bilder zerbrochen sind. Diese Sitzungen waren z. T. auch sehr aufwühlend.

Der Runde Tisch als solcher ist ein Label. Der kann dieses und jenes bedeuten. Ich glaube, der Runde Tisch in Hamburg hat keinerlei Ähnlichkeit mit dem, wie wir gearbeitet haben. Es wird jetzt vielfach gesagt, es muss ein Runder Tisch in diesem oder jenem Bundesland gemacht werden. Ich freue mich natürlich, wenn die Arbeit in NRW solche Anerkennung findet. Aber es kann ja nicht sein, dass über 70 Sachverständige in 15 andere Bundesländer gehen, um den Prozess als Doublette zu wiederholen. Das kann keiner wollen.

Mein Eindruck von Berlin war eigentlich immer, dass da relativ offen mit dem Thema umgegangen wird. Allein, dass Sie keinen Sperrbezirk haben! Mit meiner geschätzten Kollegin aus der Berliner Senatsverwaltung habe ich auf der Ebene der GFMK schon vor Jahren bei diesem Thema gut zusammengearbeitet. Ich glaube, dass Berlin seine ganz eigene Lösung finden muss. Ob man das jetzt Runder Tisch nennt oder wie auch immer, das Wesentliche ist sicherlich die Partizipation, also diejenigen, die tatsächlich dort arbeiten, und zwar nicht nur Prostituierte, Frauen wie Männer, sondern auch Betreiber und andere, konkret und immer einzubeziehen, und zweitens diese enormen Wissenslücken zu füllen. Das lässt sich nicht mal so gerade eben sagen. Hier sind auch Fragen gestellt worden – ich will gar nicht darauf eingehen –, wo alles durcheinandergeworfen worden ist. Es würde jetzt viel zu weit führen, das alles auseinanderzuklamüsern.

Es sollte sich also Wissen angeeignet werden. Ich glaube auch, dass wir mehr Daten brauchen. Das ist eine Frage der Forschung. Die wird aber auch immer, solange so eine Stigmatisierung herrscht, an Grenzen stoßen, weil viele Menschen sich nicht offenbaren werden.

Und die Ebene: Was tun wir konkret, und wie soll die Regelung genau aussehen? – ist zwar einerseits die wichtigste, aber auf der anderen Seite wird man nicht zu vernünftigen Lösungen kommen, wenn dieser vorherige Schritt, nämlich ein Dialog auf Augenhöhe und eine Aneignung von Wissen, nicht gelaufen ist. Das ist meine feste Überzeugung nach dem, was ich erfahren habe. Wie das Berlin macht – Sie haben ja viele Anknüpfungspunkte. Wir hatten am Runden Tisch auch dieses hochinteressante Projekt von Frau Howe mit den Nachbarschaften.

Das war ja auch eine Haltung. Wie Sie das machen – ich denke, da werden Sie einen eigenen kreativen Weg gehen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Zimmermann-Schwartz! – Jetzt hatte die Senatsverwaltung noch mal um das Wort für ein Kurzstatement gebeten. – Bitte, Frau Staatssekretärin!

Staatssekretärin Barbara Loth (SenArbIntFrau): Ich möchte Ihnen auch noch mal ganz herzlich danken. Auch ich – die ich mich zugegebenermaßen erst kürzer damit beschäftigt habe – insofern kann ich nur das bestätigen, was Frau Czyborra sagte –, muss erst mal lernen, lernen, lernen. Ich fand es heute wieder sehr spannend, obwohl ich mich mit der Thematik auch vorher schon befasst habe.

Unser Ziel ist die Verbesserung der Situation der in der Prostitution tätigen Menschen. Das ist das, was wir erreichen wollen. Ich nehme erstens Ihr Angebot an, uns als Expertinnen weiterhin zur Verfügung zu stehen. Ich bitte Sie auch von meiner Seite noch mal ganz herzlich, nicht aufzugeben, vor allen Dingen Frau Klee. Bitte machen Sie weiter! Es ist ja schon mehrmals gesagt worden: Natürlich gibt es Debatten, die unnötig sind. Wir müssen einfach sehen, dass wir eine Lösung für Berlin finden. Insofern will ich auch nur sagen – Frau Klee hat es indirekt schon gesagt –: Es bringt uns nichts, weitere Runde Tische einzuführen, sondern wir wollen Ergebnisse erzielen, die für die in der Prostitution tätigen Menschen sinnvoll sind. Es gibt viele Ansätze in Berlin, Frau Sommer hat sie schon ansatzweise aufgezählt. Wir haben sehr viel mehr Ansätze, ich will sie jetzt nicht alle auflisten, sondern nur sagen: Wir sind bei Ihnen und wollen gemeinsam mit Ihnen Lösungen erarbeiten. Insofern von meiner Seite auch noch mal die herzliche Bitte, dass Sie weiter mitmachen.

Vorsitzende Anja Kofbinger: Vielen Dank, Frau Staatssekretärin Loth! – Abschließend auch von meiner Seite den herzlichsten Dank! Ich glaube, wir werden uns noch häufiger sehen in der nächsten Zeit. Aber es ist ja etwas Gutes, dass wir jetzt verstärkt im Gespräch bleiben wollen, denn nur so können wir auf eine Lösung bzw. eine Weiterentwicklung bei diesem Thema hinarbeiten. Die Besprechung wird nicht für abgeschlossen erklärt, sondern vertagt, denn wir warten noch auf das Wortprotokoll, und es wird bis zu diesem Zeitpunkt mindestens zwei Anträge geben, vielleicht sogar mehr, oder einen ganz großen überparteilichen.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Stand der Ausschreibung für das Förderprogramm
zur Stärkung der Fraueninfrastruktur im Land
Berlin**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0091](#)
ArbIntFrau

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Vertraulicher Bericht SenArbIntFrau – AL I 1 –
vom 23.10.13; zielgruppenorientierte
Lohnkostenzuschüsse für Maßnahmen der
Arbeitsförderung (Kapitel 0950/Titel 68332)
Rote Nr. 1137 A**
(auf Antrag der Fraktion Die Linke)

[0141](#)
ArbIntFrau

Vertagt.

Punkt 7 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.